

Der Kampf für die Bürgerrechte der afroamerikanischen Minderheit in den USA, den weiße Sozialreformer und schwarze Intellektuelle seit 1909 in der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) führten, geriet während der McCarthy-Zeit mehr und mehr unter Rechtfertigungsdruck. Der von der NAACP-Führung verfolgte Kurs defensiver Anpassung an den antikommunistischen Zeitgeist und scharfer Abgrenzung von der KP der USA ist in der amerikanischen Geschichtswissenschaft heute heftig umstritten. Manfred Berg vermag zu zeigen, dass es der NAACP mit ihrem „liberalen Antikommunismus“ gelang, die vor allem von rassistischen Südstaatlern angefochtene politische Legitimität des Bürgerrechtskampfes auch unter schwierigsten Umständen zu bewahren. ■

Manfred Berg

## Schwarze Bürgerrechte und liberaler Antikommunismus: Die NAACP in der McCarthy-Ära

*Angela und Willi Paul Adams zum Gedenken*

### Die Bürgerrechtsorganisation in der historischen Debatte

Die Frage, welche Rückwirkungen der Kalte Krieg auf den Kampf für die Rechte der schwarzen Minderheit in den USA hatte, wird seit einiger Zeit von der amerikanischen Geschichtswissenschaft intensiv diskutiert<sup>1</sup>. Einerseits trug die ideologische Konfrontation mit dem Kommunismus wesentlich dazu bei, dass die Rassendiskriminierung zunehmend als Belastung für die internationale Glaubwürdigkeit Amerikas empfunden wurde. Andererseits gerieten auch die Bürgerrechtler in den Sog der antikommunistischen Hysterie, die üblicherweise nach ihrem bekanntesten Protagonisten, dem republikanischen Senator von Wisconsin Joseph McCarthy, als McCarthyismus bezeichnet wird<sup>2</sup>. Über die Frage der Zusam-

<sup>1</sup> Zu den wichtigsten Forschungstendenzen zur Geschichte der schwarzen Bürgerrechtsbewegung vgl. Manfred Berg, Politische Reform und soziale Bewegung: Die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts, in: Neue Politische Literatur 44 (1999), S. 40–59; zur Interdependenz von Bürgerrechtspolitik und Kaltem Krieg vgl. ders., Ein amerikanisches Dilemma: Die Rassenfrage und der Kalte Krieg, in: Manfred Berg u. a. (Hrsg.), Macht und Moral. Beiträge zur amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, Münster 1999, S. 189–207; eine neue Synthese bietet Thomas Borstelmann, *The Cold War and the Color Line: American Race Relations in the Global Arena*, Cambridge 2001.

<sup>2</sup> Die Literatur zum McCarthyismus ist immens. Vgl. allgemein David Cauter, *The Great Fear. The Anti-Communist Purge under Truman and Eisenhower*, New York 1978; zur historiographischen Einführung siehe Richard M. Fried, *Nightmare in Red. The McCarthy Era in Perspective*, New York 1990; Ellen Schrecker, *The Age of McCarthyism: A Brief History with Documents*, Boston 1994; Albert Fried (Hrsg.), *McCarthyism. The Great American Red Scare. A Documentary*

menarbeit mit Kommunisten kam es in der Bürgerrechtsbewegung zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die radikale Linke weitgehend marginalisiert wurde.

Im Mittelpunkt der historiographischen Debatten über diese Konflikte steht die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), die älteste und größte schwarze Bürgerrechtsorganisation. Die NAACP folgte dem Muster defensiver Anpassung an das antikommunistische Klima, das für große Teile der liberalen Öffentlichkeit typisch war. Sie grenzte sich scharf vom Kommunismus ab, verteidigte jedoch nachdrücklich die Notwendigkeit politischer und sozialer Reformen. Die NAACP-Führer und der Assoziation nahestehende Autoren haben die antikommunistische Option gerechtfertigt, indem sie auf die unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) und deren Versuche hinwiesen, die NAACP zu unterwandern<sup>3</sup>. Kritiker haben dagegen von Opportunismus gesprochen, durch den eine historische Chance auf ein progressives Mitte-Links-Bündnis verspielt worden sei<sup>4</sup>. Darüber hinaus ist die Behauptung weit verbreitet, es sei in der NAACP zu massiven Säuberungen gegen kommunistische Mitglieder gekommen<sup>5</sup>.

Im folgenden soll dagegen gezeigt werden, dass diese Kritik erstens den Antikommunismus der NAACP stark überzeichnet, zweitens die ideologische Gegnerschaft zwischen der Assoziation und dem amerikanischen Kommunismus herunterspielt und drittens keine überzeugenden Belege für ihre These liefern kann, die NAACP habe dem McCarthyismus Vorschub geleistet. Einiges spricht im Gegenteil dafür, dass der liberale Antikommunismus der NAACP dazu beigetra-

---

History, Oxford 1997; eine neue Gesamtdarstellung der Auswirkungen des McCarthyismus auf die amerikanische Gesellschaft bietet Ellen Schrecker, *Many Are The Crimes: McCarthyism in America*, Boston 1998; den amerikanischen Antikommunismus in längerfristiger Perspektive behandeln Michael J. Heale, *American Anticommunism. Combatting the Enemy Within, 1830–1970*, Baltimore 1990, und Richard G. Powers, *Not Without Honor: The History of American Anticommunism*, New York 1995.

<sup>3</sup> Vgl. die Memoiren der beiden Generalsekretäre Walter White und Roy Wilkins: Walter White, *A Man Called White. The Autobiography of Walter White*, Athens <sup>3</sup>1995, S. 314–316, S. 334–335 u. S. 344–347; Roy Wilkins, *Standing Fast. The Autobiography of Roy Wilkins*, New York <sup>2</sup>1994, S. 201–211, passim; Wilson Record, *The Negro and the Communist Party*, Chapel Hill 1951, bes. S. 260–268; ders., *Race and Radicalism: The NAACP and the Communist Party in Conflict*, Ithaca, N.Y., 1964; William A. Nolan, *Communism versus the Negro*, Chicago 1951; Langston Hughes, *Fight for Freedom. The Story of the NAACP*, New York 1962, S. 149–151; in der neueren Historiographie argumentiert Christopher Reed, *The Chicago NAACP and the Rise of Black Professional Leadership, 1910–1966*, Bloomington 1997, S. 83–85, mit ähnlichem Tenor.

<sup>4</sup> Vgl. Manning Marable, *Race, Reform, and Rebellion. The Second Reconstruction in Black America, 1945–1990*, Jackson <sup>2</sup>1991, S. 26–32; noch schärfer die Kritik bei Gerald Horne, *Who Lost the Cold War? Africans and African Americans*, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 613–626, bes. S. 617–621; Carol Anderson, „Bleached Souls and Red Negroes. The NAACP and Black Communists in the Early Cold War,“ in: Brenda Gayle Plummer (Hrsg.), *Window on Freedom: Race, Civil Rights, and Foreign Affairs, 1945–1988*, Chapel Hill and London 2002, S. 93–113.

<sup>5</sup> Vgl. Gerald Horne, *Black Liberation/Red Scare: Ben Davis and the Communist Party*, London 1994, S. 228; Schrecker, *Many Are the Crimes*, S. 393; Brenda Gayle Plummer, *Rising Wind: Black Americans and U.S. Foreign Affairs, 1935–1960*, Chapel Hill 1996, S. 188 u. S. 190.

gen hat, die Sache der Bürgerrechte nicht von der politischen Tagesordnung verschwinden zu lassen.

### **Gründzüge der Entwicklung von der Gründung (1909) bis in den Zweiten Weltkrieg**

Die 1909 von weißen Sozialreformern und schwarzen Intellektuellen gegründete National Association for the Advancement of Colored People wurzelte im sozial-reformerischen Boden des Progressivismus, dem es nicht um die Überwindung des politischen und wirtschaftlichen Systems der USA, sondern um die Bewältigung der sozialen Folgen von Industrialisierung und neuer Einwanderung ging<sup>6</sup>. Programmatisch verschrieb sich die NAACP der aktiven Opposition gegen den wachsenden Rassismus in Amerika, der sich unter anderem in Rassentrennung, Wahlrechtsentzug und Lynchjustiz manifestierte, und forderte die in der Bundesverfassung garantierte volle rechtliche und politische Gleichstellung der Afroamerikaner. Erreicht werden sollte dieses Ziel durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Unterstützung der Opfer von Rassendiskriminierung, was praktisch vor allem Rechtshilfe bedeutete<sup>7</sup>.

Bei aller Kritik am Rassismus der weißen Mehrheit hat sich die NAACP im Laufe ihrer Geschichte durchweg im Rahmen der vom amerikanischen politischen System vorgegebenen Institutionen und Normen bewegt. Die ideologische Grundlage ihrer Arbeit bildete ein demokratischer Nationalismus, der die in Unabhängigkeitserklärung und Bundesverfassung niedergelegten demokratisch-republikanischen Prinzipien mit einem konventionellen Patriotismus verband. Loyalitätsbekundungen zur politischen Grundordnung der USA fehlten in kaum einer öffentlichen Erklärung der Assoziation, doch konnte das Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie erst dann als eingelöst betrachtet werden, wenn Amerika sich vom Makel der Rassendiskriminierung reinigte. Der Kampf für die Schwarzen, schrieb NAACP-Generalsekretär James Weldon Johnson 1929, sei ein Kampf für die ganze Nation und die Idee der amerikanischen Demokratie<sup>8</sup>.

<sup>6</sup> Zur Genese der NAACP aus dem Progressive Movement vgl. August Meier/John H. Bracey, *The NAACP as a Reform Movement, 1909–1965: To reach the conscience of America*, in: *The Journal of Southern History* LIX (1993), S. 3–30. Zur Frühphase der NAACP vgl. Charles Flint Kellogg, *NAACP. A History of the National Association for the Advancement of Colored People, 1909–1920*, Baltimore 1967. Zur politischen Geschichte der NAACP vgl. jetzt umfassend Manfred Berg, *The Ticket to Freedom: Die NAACP und das Wahlrecht der Afro-Amerikaner*, Frankfurt a. M. 2000.

<sup>7</sup> Vgl. die Resolutionen der Gründungskonferenz vom 31. 5. und 1. 6. 1909, in: William L. Katz, *Proceedings of the National Negro Conference 1909*, New York 1969, S. 222–225; N.A.A.C.P. in: *Crisis. A Journal of the Darker Races*, 1 (Dezember 1910), S. 16 f.; vgl. auch den Beitrag *Agitation*, in: *Ebenda*, S. 11.

<sup>8</sup> Pressemitteilung der NAACP vom 23. 8. 1929, *Records of the National Association for the Advancement of Colored People*, Library of Congress, Manuscript Division, Washington, Part I, Series C, Box 390. Die in der Library of Congress verwahrten Akten der NAACP werden im

Strategisch setzte die NAACP auf politische Reformen und nicht auf revolutionären Klassenkampf. Angesichts des notorischen Rassismus der amerikanischen Arbeiterbewegung erschien ein Bündnis zwischen schwarzem und weißem Proletariat unrealistisch. W.E.B. Du Bois, der Herausgeber des NAACP-Organs *The Crisis* und der führende afroamerikanische Intellektuelle seiner Zeit, diagnostizierte 1921, die schwarzen Amerikaner seien aufgrund ihrer Klassenlage zwar theoretisch ein Teil des Weltproletariats, aber praktisch werde man vom weißen Proletariat nicht akzeptiert, sondern unterdrückt, verachtet und gehasst<sup>9</sup>.

Mit dem Beginn der Großen Depression, die die schwarzen Amerikaner härter als jede andere Bevölkerungsgruppe traf, setzte jedoch eine allmähliche Neuorientierung der NAACP ein. Die Jahresversammlung von 1932 bekannte sich zur grundsätzlichen Interessenidentität von schwarzen und weißen Arbeitern und forderte die Gewerkschaften auf, ihrem Rassismus abzuschwören<sup>10</sup>. Innerhalb der NAACP formierte sich ein linker Flügel, der ihre bisherige liberale Bürgerrechtspolitik durch einen entschiedenen ökonomischen Radikalismus ergänzen, wenn nicht ersetzen wollte<sup>11</sup>. Die Bürgerrechtler in der NAACP waren dafür allerdings nicht zu gewinnen. Die Botschaft des Klassenkampfes, so Mary Ovington, eine der weißen Gründerinnen der Assoziation, könne nur von sozialistischen und kommunistischen Gruppen, nicht aber von der NAACP vertreten werden, die ihre Identität, Glaubwürdigkeit und Gefolgschaft verlieren werde<sup>12</sup>. Gleichwohl veränderte die Große Depression die Bedingungen für den Bürgerrechtskampf entscheidend. Das Erstarken der Idee der Klassenolidarität unterminierte den Rassismus der Arbeiterbewegung und trug dazu bei, die politische Isolierung der Afroamerikaner allmählich zu durchbrechen. Ende der dreißiger Jahre hatten praktisch alle linksorientierten Kräfte in den USA den Kampf gegen Rassendiskriminierung auf ihre Fahnen geschrieben. Vor allem die seit 1935 im Committee of Industrial Organizations (ab 1938 Congress of Industrial Organizations, CIO) zusammengeschlossenen Industriegewerkschaften bemühten sich um die Integration schwarzer Arbeiter<sup>13</sup>.

---

folgenden zitiert als: NAACP, Aktengruppe in römischer Zahl, Serie in Großbuchstaben, Behälter in arabischen Ziffern.

<sup>9</sup> Vgl. *The Class Struggle*, *Crisis*, 22 (August 1921), S. 151 f.; vgl. auch *Socialism and the Negro*, in: Ebenda, (Oktober 1921), S. 245 f.

<sup>10</sup> Resolutionen der 23. Jahreskonferenz der NAACP, 17.–22. 5. 1932, Washington, Kopie in: Arthur B. Spingarn Papers, Library of Congress, Manuscript Division, Box 26.

<sup>11</sup> „Future Plan and Program of the NAACP“ (Sept. 1934), in: NAACP I A 29.

<sup>12</sup> Vgl. Mary White Ovingtons Stellungnahme für das NAACP-Direktorium vom 28. 9. 1934, in: NAACP I A 29; vgl. auch Roy Wilkins' Memorandum an Walter White vom 19. 9. 1934, in: Ebenda. Zu den programmatischen Auseinandersetzungen in den 1930er Jahren vgl. auch B. Joyce Ross, J. E. Spingarn and the Rise of the NAACP, 1911–1939, New York 1972, bes. S. 217–241; Beth Tompkins Bates, A New Crowd Challenges the Agenda of the Old Guard in the NAACP, 1933–1941, in: *American Historical Review* 102 (1997), S. 340–377, überzeichnet den Widerstand gegen die programmatische Erneuerung.

<sup>13</sup> Zur Bürgerrechtspolitik und zur Rassenfrage unter dem New Deal vgl. Harvard Sitkoff, *A New Deal for Blacks: the Emergence of Civil Rights as a National Issue*, New York 1978, bes. S. 164–168; Patricia Sullivan, *Days of Hope. Race and Democracy in the New Deal Era*,

Die Öffnung der NAACP gegenüber der Arbeiterbewegung schloss jedoch nicht die Kommunistische Partei ein. Die 1919 gegründete Partei hatte zwar frühzeitig die Afroamerikaner als den am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Teil des amerikanischen Proletariats identifiziert, ihre politische und ideologische Linie in der Rassenfrage war jedoch äußerst erratisch. Der seit Mitte der zwanziger Jahre unternommene Versuch, schwarze Arbeiter im American Negro Labor Congress zu organisieren, scheiterte kläglich. Seit dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationalen von 1928 vertrat die Partei die These, dass es sich bei der afroamerikanischen Bevölkerung um eine nationale Minderheit handele, die ihr Recht auf Selbstbestimmung auf einem eigenen Territorium im tiefen Süden verwirklichen sollte. Um ihren Antirassismus unter Beweis zu stellen, führte die Partei Kampagnen gegen den sogenannten weißen Chauvinismus in den eigenen Reihen durch und nominierte für die Wahlen von 1932 einen afroamerikanischen Vizepräsidenten kandidaten. Während der Weltwirtschaftskrise gelang es den Kommunisten, einige Popularität unter dem schwarzen Proletariat der Metropolen zu gewinnen, nicht zuletzt, weil sich keine andere mehrheitlich weiße Organisation so intensiv der sozialen Nöte der Afroamerikaner annahm. Selbst in Birmingham, Alabama, einer Hochburg des Rassismus, bildete sich eine kleine, aber aktive Gruppe schwarzer Kommunisten<sup>14</sup>.

Die Konflikte zwischen der CPUSA und der NAACP entzündeten sich freilich nicht an ideologischen Fragen wie dem ziemlich phantastischen Konzept der nationalen Selbstbestimmung, sondern an den Auseinandersetzungen um die Verteidigung der „Scottsboro Boys“, dem spektakulärsten Fall von Rassenjustiz in den dreißiger Jahren<sup>15</sup>. Im März 1931 waren neun schwarze Jugendliche in Scottsboro, Alabama, wegen angeblicher Vergewaltigung zweier weißer Mädchen verhaftet worden; nur drei Wochen später wurden acht von ihnen zum Tode verurteilt. Obwohl es für eine Vergewaltigung keinerlei Beweise gab, hatten die Angeklagten vor dem rein weißen Schwurgericht keine Chance. Die auf dem Appell an die sexuellen Phobien der weißen Südstaatler beruhende Ideologie der weißen Vorherrschaft verlangte, dass weiße Frauen mit allen Mitteln, einschließlich Lynchjustiz und Todesstrafe, vor der angeblich bestialischen Triebhaftigkeit der Schwarzen geschützt wurden.

---

Chapel Hill 1996, S. 41–69; zum CIO vgl. Robert H. Zieger, *The CIO, 1935–1955*, Chapel Hill 1995.

<sup>14</sup> Die Haltung der amerikanischen Kommunisten zur Rassenfrage wird in der nützlichen Synthese von Earl Ofari Hutchinson, *Blacks and Reds. Race and Class in Conflict 1919–1990*, East Lansing MI 1995, dargestellt. Vgl. besonders Kap. 2–5, S. 29–136. Zur Geschichte der schwarzen Kommunisten von Birmingham vgl. Robin D.G. Kelley, *Hammer and Hoe. Alabama Communists During the Great Depression*, Chapel Hill 1990. Die Literatur zur Geschichte des Kommunismus und der Kommunistischen Partei der USA ist ebenso umfangreich wie kontrovers. Zur Einführung vgl. Albert Fried (Hrsg.), *Communism in America. A History in Documents*, New York 1997; vgl. auch Michael Kazin, *The Agony and Romance of the American Left*, in: *American Historical Review* 100 (1995), S. 1488–1512.

<sup>15</sup> Das Standardwerk zu diesem Fall ist Dan T. Carter, *Scottsboro. A Tragedy of the American South*, Baton Rouge <sup>2</sup>1979.

Bei dem Versuch, die „Scottsboro Boys“ zu retten, kam es zu heftigen Rivalitäten zwischen der NAACP und der kommunistischen International Labor Defense (ILD). Während die NAACP die Urteile wegen der zahlreichen Verfahrensfehler auf dem Instanzenweg zu kippen hoffte, rief die ILD dazu auf, die Angeklagten durch den „revolutionären Druck der Massen“ zu befreien. Die Führer der NAACP wurden als „Agenten des Imperialismus“ und „Handlanger des Ku Klux Klans“ attackiert, und die Kommunisten machten kein Geheimnis aus ihrer Absicht, die „Masse der NAACP-Gefolgschaft“ von ihren „kleinbürgerlichen (Ver)führern“ abzuspalten<sup>16</sup>. Immerhin kam es seit 1935, als die CPUSA im Zeichen der Einheitsfront wieder moderatere Töne anschlug, zur Kooperation mehrerer Bürgerrechtsgruppen, einschließlich der NAACP und der ILD. 1937 wurden im dritten Scottsboro-Prozeß – der Oberste Gerichtshof der USA hatte die Todesurteile zweimal wegen Grundrechtsverletzungen annulliert – vier der Angeklagten freigesprochen, die übrigen fünf wurden im Laufe der Zeit begnadigt.

Mit dem Übergang zur Einheitsfront gegen den Faschismus im Jahre 1935 begann für die amerikanischen Kommunisten eine kurze Blütezeit. Unter dem Schlagwort, der Kommunismus sei der „Amerikanismus des 20. Jahrhunderts“, gelang es der Partei, ihre Mitgliedschaft von ca. 35.000 Mitgliedern 1934 auf fast 100.000 am Ende der Dekade zu steigern und erheblichen Einfluß auf einzelne CIO-Gewerkschaften zu gewinnen<sup>17</sup>. Mit der Gründung des National Negro Congress (NNC) im Jahre 1936, der als Dachorganisation zur Koordination afroamerikanischer Interessen konzipiert war, trug die Volksfrontlinie auch in den Rassenbeziehungen Früchte. Obwohl Kommunisten eine wesentliche Rolle bei der Gründung spielten, hielten sie sich nach außen hin zurück. Präsident des NNC wurde der Gewerkschafter und Gründer der Brotherhood of Sleeping Car Porters (BSCP), A. Philip Randolph, einer der prominentesten Führer des schwarzen Protests. Da der NNC anfangs hohes Ansehen in der afroamerikanischen Öffentlichkeit genoss, wollte auch die NAACP nicht abseits stehen<sup>18</sup>.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 bereitete der Einheitsfrontlinie ein jähes Ende und stürzte die CPUSA, wie die gesamte internationale kommunistische Bewegung, in eine tiefe Krise. Mit ihrer Forderung, die USA unbedingt aus dem Krieg in Europa herauszuhalten, und ihren scharfen Attacken auf den „Kriegstreiber“ Roosevelt gesellte sich die Partei de facto zu den Isolationisten auf der Rechten und verlor viele ihrer linksliberalen Sympathisan-

<sup>16</sup> Vgl. Harry Haywood, *The Road to Negro Liberation. Report to the Eighth Convention of the Communist Party of the USA*, Cleveland, 4. 2–8, 1934, in: Philip S. Foner/Herbert Shapiro, *American Communism and Black Americans. A Documentary History*, Philadelphia 1990, S. 125–146, bes. S. 139–142; *NAACP Joins Lynching Mob*, in: *Southern Worker*, 13. 6. 1931, in: *Ebenda*, S. 262–264. Vgl. auch Carter, *Scottsboro*, S. 51–103.

<sup>17</sup> Vgl. Albert Fried, *The Popular Front Against Fascism 1935–1945*, in: Ders. (Hrsg.), *Communism in America*, S. 232–240; Earl Browder, *Who Are the Americans?* in: *Ebenda*, S. 250–254.

<sup>18</sup> Zur Gründung des NNC vgl. Hutchinson, *Blacks and Reds*, S. 157–174; Paula F. Pfeffer, A. Philip Randolph. *Pioneer of the Civil Rights Movement*, Baton Rouge/London 1990.

ten<sup>19</sup>. Der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 machte die amerikanischen Kommunisten jedoch schlagartig zu Interventionisten und Superpatrioten, die dem Sieg über den Faschismus und der Unterstützung der Sowjetunion jedes andere politische Ziel unterordneten. Proteste gegen die Rassendiskriminierung in der Armee oder der Rüstungsindustrie waren der Führung jetzt unerwünscht, obwohl die Parteibasis sie nicht völlig einstellte<sup>20</sup>.

Im Unterschied zu den Wendemanövern der CPUSA standen für die NAACP und die große Mehrheit der schwarzen Bürgerrechtler die Interessen der Afroamerikaner auch während des Krieges im Mittelpunkt. Im Frühjahr 1941 unterstützte die Assoziation die von A. Philip Randolph initiierte Marsch-auf-Washington-Bewegung, die sich gegen die Rassendiskriminierung in den Streitkräften und der Rüstungsindustrie richtete. Um eine Massendemonstration in der Bundeshauptstadt zu verhindern, sah sich der Präsident zum Erlass einer *executive order* genötigt, die es der Rüstungsindustrie und den Regierungsbehörden verbot, in ihrer Beschäftigungspolitik „aufgrund von Rasse, Hautfarbe oder nationaler Herkunft“ zu diskriminieren<sup>21</sup>. Die neue Militanz wurde auch nach Pearl Harbor nicht preisgegeben. Die schwarze Presse rief eine „Double V“-Kampagne aus, die den Sieg über den Faschismus und über die Rassendiskriminierung im eigenen Land als unteilbare Kriegsziele der Afroamerikaner proklamierte, und die Jahresversammlung der NAACP versprach 1942: „Wir geben unseren Kampf für Gerechtigkeit auch im Krieg nicht auf!“<sup>22</sup>

Dass die NAACP die Stimmung unter den schwarzen Amerikanern richtig einschätzte, zeigte ihr beachtlicher organisatorischer Aufschwung während des Zweiten Weltkrieges. Zwischen 1940 und 1946 stieg ihre Mitgliederzahl von ca. 50.000 auf mindestens 400.000. Landesweit gab es über 1100 Ortsgruppen; allein die NAACP-Gruppe von Detroit, die größte des Landes, reklamierte 20.000 zahlende Mitglieder, in Chicago waren es fast genauso viele. Auch im Süden, wo die Mitgliedschaft in der NAACP vielfach mit großem Risiko für Leib und Leben verbunden war, gewann die Assoziation zahlreiche neue Mitglieder und Ortsgruppen. Zeitweilig war der Andrang so groß, dass den Ortsgruppen wegen der Rationierung von Papier die Beitrittsformulare fehlten<sup>23</sup>.

<sup>19</sup> Vgl. Fried, *The Popular Front Against Fascism 1935–1945*, in: Ders. (Hrsg.), *Communism in America*, S. 227–247 u. S. 240–243; Resolution des Political Committee der CPUSA vom 13. 10. 1939 zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, in: Ebenda, S. 315–316.

<sup>20</sup> Vgl. Hutchinson, *Blacks and Reds*, S. 185; *Record, Race and Radicalism*, S. 117–121; vgl. auch die kritische Rückschau des afroamerikanischen Kommunisten Harry Haywood in: Fried (Hrsg.), *Communism in America*, S. 334–336.

<sup>21</sup> John H. Bracey/August Meier, *Allies or Adversaries? The NAACP, A. Philip Randolph and the 1941 March on Washington*, in: *Georgia Historical Quarterly* 75 (1991), S. 1–17.

<sup>22</sup> Resolutionen der NAACP-Jahreskonferenz vom 14.–19. 7. 1942 in Los Angeles, NAACP, *Annual Report 1942*, New York 1942.

<sup>23</sup> Die Mitgliederzahlen nach einem Memorandum von R. Williams an Gloster Current vom 15. 6. 1954, in: NAACP II A 202; vgl. auch das Memorandum von Roy Wilkins an die Ortsgruppen vom 19. 1. 1944, in: NAACP II A 473; zur Zahl der Ortsgruppen vgl. die Angaben des für die Ortsgruppen zuständigen „Director of Branches“, Gloster Current, zit. in: Raymond Gavins, *The NAACP in North Carolina during the Age of Segregation*, in: Armstead L. Robinson/Patri-

Derartige Probleme kannte die CPUSA nicht. Sie wurde am Ende des Krieges von Machtkämpfen und ideologischen Zerwürfnissen erschüttert. Mit der 1944 vollzogenen Umbenennung der Partei in American Communist Political Association und der Ankündigung, die Kommunisten würden zukünftig nicht mehr als eigenständige Partei auftreten, hatte Generalsekretär Earl Browder die Einheitsfront zu weit getrieben und war im Frühjahr 1945 auf Initiative Moskaus entmachtet worden<sup>24</sup>. Die Rückkehr zum Klassenkampf bedeutete auch, dass der Rassenkonflikt wieder auf die Tagesordnung der Partei gesetzt wurde. Allerdings hatte die Partei spürbar an Glaubwürdigkeit und Mitgliedern auch unter ihrer schwarzen Anhängerschaft eingebüßt; 1946 war die Zahl afroamerikanischer Parteimitglieder unter 2000 gefallen<sup>25</sup>.

### Von der Hoffnung auf die UN-Charta zur Hoffnung auf Truman

Der Sieg über Nazideutschland und der Aufschwung der antikolonialen Bewegung am Ende des Zweiten Weltkrieges stärkten das Selbstbewusstsein der Afroamerikaner und ermutigten ihre Führer, auch auf internationaler Bühne die Rasediskriminierung in den USA anzuprangern. Schon im Herbst 1944 hatte das Direktorium der NAACP von der US-Regierung die Zusicherung gefordert, dass sich die USA bei den kommenden Friedensverhandlungen der Fortsetzung kolonialer Ausbeutung widersetzen würden<sup>26</sup>. Im Mai 1945 nahmen W.E.B. Du Bois, der außenpolitische Berater der NAACP, und Generalsekretär Walter White auf Einladung des State Department an der Gründungskonferenz der UN in San Francisco teil, mussten dort aber feststellen, dass die US-Regierung keineswegs geneigt war, ihren Vorstellungen zu folgen<sup>27</sup>. Zwar unterstützte die amerikanische Delegation eine Klausel, die Diskriminierung aufgrund von „Rasse, Sprache, Religion oder Geschlecht“ verbot, doch wurde diese Bestimmung durch einen Zusatz, welcher der UN Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten untersagte, weitgehend entwertet. Unter den afroamerikanischen Wortführern aller politischen Couleur stieß die Haltung der US-Delegation auf scharfe Kri-

---

cia Sullivan (Hrsg.), *New Directions in Civil Rights Studies*, Charlottesville 1991, S. 105–125, hier S. 105; Presseerklärung der Detroit-Ortsgruppe vom 3. 4. 1947, in: NAACP II A 201. In Chicago hatte die NAACP 1932 gerade 300 Mitglieder, 1945 dagegen 18.500. Vgl. Reed, *The Chicago NAACP*, S. 79 f. u. S. 117.

<sup>24</sup> Vgl. Browders Rede vor der Vollversammlung der Partei am 7. 1. 1944, in: *Fried, Communism in America*, S. 330–334; den Angriff gegen Browder eröffnete der französische Kommunist Jacques Duclos, dessen Kritik sofort von den amerikanischen Kommunisten aufgegriffen wurde. Vgl. den Abdruck von Duclos' Kritik in: *Daily Worker*, 24. 5. 1945, S. 344 f.

<sup>25</sup> Vgl. Hutchinson, *Blacks and Reds*, S. 195.

<sup>26</sup> Resolution des NAACP-Direktoriums vom 11. 9. 1944, in: NAACP II A 513.

<sup>27</sup> Zur UN-Politik der NAACP und anderer afroamerikanischer Organisationen vgl. Robert L. Harris, Jr., *Racial Equality and the United Nations Charter*, in: Robinson/Sullivan (Hrsg.), *New Directions in Civil Rights Studies*, S. 126–148; Carol Anderson, *From Hope to Disillusion: African Americans, the United Nations, and the Struggle for Human Rights, 1944–1947*, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 531–563.



tik, während die antikolonialistischen Forderungen der Sowjetunion allenthalben Anerkennung fanden<sup>28</sup>.

Gleichwohl eröffnete die UN-Charta durchaus Ansatzpunkte, die Rassendiskriminierung in den USA international anzuprangern. In ihrer Entschlossenheit, als Sprachrohr der Afroamerikaner vor die Vereinten Nationen zu treten, ließ sich die NAACP auch dadurch nicht beirren, dass ihr der National Negro Congress im Juni 1946 mit einer Petition an die UN zuvorkam. Im Auftrag des NAACP-Direktoriums erarbeitete Du Bois eine eigene umfangreiche Studie, die am 23. Oktober 1947 der UN-Menschenrechtskommission offiziell übergeben wurde<sup>29</sup>. Das Dokument mit dem sperrigen Titel *An Appeal to the World: A Statement on the Denial of Human Rights to Minorities in the Case of Citizens of Negro Descent in the United States of America and an Appeal to the United Nations for Redress* umfasste etwa 150 Seiten und bot eine ausführliche Bestandsaufnahme der Rassendiskriminierung in Amerika. Die Vereinten Nationen und die Weltgemeinschaft wurden aufgefordert, an „die Grenze ihrer Autorität“ zu gehen, um die Rechte der Afroamerikaner zu schützen<sup>30</sup>. Obwohl die NAACP-Petition die sich abzeichnende Ost-West-Konfrontation bewusst herunterzuspielen versuchte, ließ sich nicht verhindern, dass die UN-Initiative von den Imperativen des Kalten Krieges überlagert wurde. Als im Dezember 1947 die sowjetische Delegation in einem Unterausschuss der Menschenrechtskommission die Untersuchung der Rassendiskriminierung in Amerika verlangte, wurde der Antrag unter amerikanischer Führung mühelos niedergestimmt. Auch Eleanor Roosevelt, die sowohl der amerikanischen UN-Delegation wie dem NAACP-Direktorium angehörte, hatte sich geweigert, das Thema in der Weltorganisation zur Sprache zu bringen<sup>31</sup>.

In der Rückschau markiert die Petition an die Vereinten Nationen den Höhepunkt der regierungskritischen Agitation der NAACP in den späten vierziger Jahren. Die Führung der Assoziation begrüßte den propagandistischen Erfolg der Aktion – nahezu alle größeren Zeitungen und Presseagenturen berichteten über die Petition –, war aber nicht wirklich daran interessiert, die eigene Regierung international zu desavouieren. Nach der Veröffentlichung der Petition als Broschüre stellte sie ihr Drängen auf offizielle Behandlung des Dokuments in der UN-Vollversammlung stillschweigend ein<sup>32</sup>. Der Hauptgrund

<sup>28</sup> Zur Kritik an den Ergebnissen der Konferenz von San Francisco vgl. ebenda, S. 539–542; Rayford W. Logan, *The Negro and the Post-War World: A Primer*, Washington 1945, S. 76–88.

<sup>29</sup> Die Vorgeschichte der Petition ist dokumentiert in: NAACP II A 637. Vgl. insbesondere Du Bois' Memoranda vom 1. u. 26. 8. 1946, die von Du Bois erstellte, undatierte Chronologie „NAACP Petition to the United Nations“, Du Bois' Memorandum an Walter White vom 17. 10. 1947, Presseerklärung Walter Whites vom 20. 10. 1947. Zu den Hintergründen vgl. Anderson, *From Hope to Disillusion*, S. 544–553 u. S. 556–559.

<sup>30</sup> W.E.B. Du Bois (Hrsg.), *An Appeal to the World*, New York 1947; vgl. auch die von Du Bois bei der Übergabe verlesene Zusammenfassung der Petition, Kopie in: NAACP II A 637.

<sup>31</sup> Vgl. UN Group Kills Probe of Bias on U.S. Negro, in: *Daily News*, 4. 12. 1947, Kopie in: NAACP II A 637.

<sup>32</sup> Rundbrief der NAACP vom 18. 2. 1948, in: NAACP II A 637; White, *A Man Called White*, S. 358 f.

dafür war, dass die Bürgerrechtspolitik der Truman-Administration eine ermutigende Richtung genommen hatte. Im Juni 1947 hatte Harry Truman als erster Präsident eine Rede auf der Jahresversammlung der NAACP gehalten und dabei erklärt, die USA könnten anderen Nationen nur dann glaubwürdig die Vorzüge von Freiheit und Demokratie vermitteln, wenn man das eigene Haus in Ordnung bringe<sup>33</sup>.

Bereits im Dezember 1946 hatte der Präsident unter dem Eindruck einer Welle rassistischer Gewalttaten in den Südstaaten eine Untersuchungskommission zur Bürgerrechtsfrage eingesetzt. Der Kommissionsbericht, der im Oktober 1947 fast gleichzeitig mit der NAACP-Petition an die Vereinten Nationen veröffentlicht wurde, schlug einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Bürgerrechte vor. So unterstützte das Komitee ausdrücklich die alte Forderung der Assoziation nach einem Bundesgesetz gegen die Lynchjustiz und verwarf die Rassentrennung als unvereinbar mit dem egalitären Ethos Amerikas<sup>34</sup>. Die NAACP begrüßte den Bericht als „kühnste Bürgerrechtsprogramm, das jemals von einer Regierung entworfen wurde“, obwohl es sich natürlich nur um die Empfehlungen einer Expertenkommission handelte. Truman selbst nannte den Bericht eine „amerikanische Charta der menschlichen Freiheit“, ließ aber zunächst offen, ob und wie seine Administration die Vorschläge umsetzen wollte. Im Februar 1948 trat der Präsident mit einem Zehn-Punkte-Programm vor den Kongress, das wesentliche Empfehlungen der Kommission aufnahm. Im Juli unterzeichnete er zwei *executive orders*, die Rassendiskriminierung in Bundesbehörden und in den Streitkräften untersagten. Damit war der erste Schritt zur Abschaffung der Rassentrennung im Militär getan<sup>35</sup>.

Seit der Jahreswende 1947/48 setzte die Führung der NAACP ihre politischen Hoffnungen ganz auf Truman und distanzierte sich gleichzeitig von der progressiven Linken, die an der Kriegsallianz mit der Sowjetunion und der Zusammenarbeit mit den amerikanischen Kommunisten festhalten wollte und 1948 mit Ex-Vizepräsident Henry Wallace an der Spitze in den Wahlkampf zog. Dahinter stand ein nüchternes Kalkül, denn im Hinblick auf die Rassenfrage war Wallace gewiss der prinzipienfestere Kandidat, nur hatte er nicht die leiseste Chance auf den Wahlsieg. Dass Truman, der Afroamerikaner privat gern als „Nigger“ titulierte, vor allem mit Blick auf die schwarzen Wähler in den Nordstaaten handelte, war offenkundig. Gleichwohl nötigte es der NAACP-Führung Respekt ab, dass der Präsident im Wahljahr 1948 über die Bürgerrechtsfrage die Spaltung der Demokratischen Partei im Süden in Kauf

<sup>33</sup> Public Papers of the Presidents of the United States: Harry S. Truman, 1947, Washington 1963, S. 312.

<sup>34</sup> To Secure These Rights. The Report of the President's Committee on Civil Rights, Washington 1947, bes. S. 151–173; zur Bürgerrechtspolitik der Truman-Administration vgl. William C. Berman, The Politics of Civil Rights in the Truman Administration, Columbus 1970.

<sup>35</sup> Walter Whites Telegramm an Truman vom 28. 10. 1947, in: NAACP II A 481; Trumans Reaktion auf den Kommissionsbericht vgl. Public Papers of the Presidents of the United States: Harry S. Truman 1947, S. 430; Trumans Kongressbotschaft vom 2. 2. 1948, in: Ebenda 1948, Washington 1964, S. 121–126; Berman, The Politics of Civil Rights, S. 116–118.

nahm<sup>36</sup>. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn man verstehen will, warum die NAACP wenig Interesse daran hatte, die Truman-Administration mit Hilfe der Sowjetunion international an den Pranger zu stellen. Angesichts der erkennbaren Fortschritte in der Bürgerrechtspolitik erschien die Unterstützung der Außenpolitik des Präsidenten als ein Gebot politischer Klugheit<sup>37</sup>.

Du Bois allerdings war mit dieser Wendung ganz und gar nicht einverstanden. Sein ohnehin gespanntes Verhältnis zur NAACP-Führung verschlechterte sich seit Anfang 1948 rapide, zum einen aufgrund seiner Unterstützung für Henry Wallace und zweitens, weil seine Vorstellungen über die richtige Außenpolitik der NAACP kein Gehör mehr fanden. Zum Eklat kam es im September 1948, als der Director of Special Research dem NAACP-Direktorium in einem scharf formulierten Memorandum vorwarf, die NAACP lasse sich vor den Karren des „reaktionären, kriegstreiberischen, kolonialistischen Imperialismus“ der Truman-Administration spannen<sup>38</sup>. Als das Memorandum kurz darauf in der New York Times veröffentlicht wurde, war für Walter White das Maß voll, und er drängte auf die Entlassung seines alten Rivalen, die zum Jahresende 1948 erfolgte<sup>39</sup>. Alle Versicherungen, politische Fragen hätten bei der Entscheidung keine Rolle gespielt, verhinderten nicht, dass zahlreiche Ortsgruppen und Mitglieder gegen den Bruch mit dem großen alten Mann des afroamerikanischen Bürgerrechtskampfes protestierten<sup>40</sup>. Vor allem die Linke reagierte mit wütenden Attacken. Henry Wallace nannte Du Bois' Entlassung „ein tragisches Beispiel dafür, wie der amerikanische Faschismus in alle Facetten unseres Lebens eindringt“<sup>41</sup>.

Auch von der NAACP-kritischen Historiographie ist die Affäre als erster Höhepunkt des opportunistischen Anpassungskurses der Assoziation gewertet worden<sup>42</sup>. Ohne Zweifel trifft es zu, dass Du Bois' Eintreten für die progressive Linke

<sup>36</sup> Zur Sezession der sogenannten „Dixiecrats“ vgl. Numan V. Bartley, *The New South 1945–1980*, Baton Rouge 1995, S. 74–98.

<sup>37</sup> Telegramm von Walter White und Channing Tobias vom 13. 2. 1948 an zahlreiche liberale Interessengruppen, in dem die NAACP unter Hinweis auf die außenpolitischen Interessen der USA zur Unterstützung für Trumans Bürgerrechtspolitik aufrief, in: NAACP II A 481.

<sup>38</sup> Du Bois' Memorandum an den NAACP-Generalsekretär und das Direktorium vom 7. 9. 1948, in: NAACP II A 637.

<sup>39</sup> Whites Memorandum an das NAACP-Direktorium vom 13. 9. 1948 sowie Roy Wilkins' Brief an White vom 14. 9. 1948, beide in: NAACP II A 241.

<sup>40</sup> Rundschreiben von Roy Wilkins an die Ortsgruppen vom 15. 9. 1948 und Presseerklärung der NAACP vom 16. 9. 1948: „NAACP Board Votes Against Renewal of Du Bois Contract“, beide in: NAACP II A 241; NAACP-Bulletin vom Oktober 1948: „The Du Bois Incident: Chronology of a Controversy“ sowie weiteres Material in: NAACP II A 240, Folders: W.E.B. Du Bois Dismissal.

<sup>41</sup> Wallace zitiert nach Shreveport News, 2. 10. 1948: „Henry Wallace, Paul Robeson Condemn Dismissal of Dr. W.E.B. Du Bois By NAACP“; Los Angeles Tribune, 25. 9. 1948: „Wallaceites Claim Dr. Du Bois Crucified“; Daily Worker, 13. 9. 1948: „As We See It“, Kopien in: NAACP II A 240. Vgl. auch den Protestbrief von Mitgliedern der American Labor Party und des Harlem Wallace for President Committee an den NAACP-Direktoriumsvorsitzenden Louis Wright, 6. 10. 1948, in: Ebenda.

<sup>42</sup> Vgl. Manning Marable, *W.E.B. Du Bois. Black Radical Democrat*, Boston 1986, S. 174 f.; Gerald Horne, *Black & Red. W.E.B. Du Bois and the Afro-American Response to the Cold War*, Albany 1986, S. 102–107.

dem Bündnis der NAACP-Führung mit der Truman-Administration im Wege stand und seine Entlassung ein politisches Signal für die bevorstehende Präsidentschaftswahl gab. Die Vorstellung, die Trennung von Du Bois sei Teil einer antikommunistischen Säuberungskampagne innerhalb der Assoziation gewesen, ist freilich ebenso unhaltbar wie irreführend.

### **Kampf gegen die (angebliche) kommunistische Unterwanderung**

Je mehr sich die Furcht vor kommunistischer Aggression und Subversion in den späten vierziger Jahren zur Hysterie steigerte, umso mehr war die NAACP darauf bedacht zu verhindern, dass der Kampf für die Gleichberechtigung der Afroamerikaner öffentlich mit Kommunismus identifiziert wurde. Die kommunistische Gefahr, so lautete ihr Standardargument, sei vor allem das Ergebnis sozialer und politischer Mißstände und letztlich allein durch deren Beseitigung zu bannen. Wer sich den notwendigen Reformen entgegenstelle, schade der amerikanischen Demokratie mehr als alle Kommunisten der Welt. Rechtsradikale und rassistische Organisationen wie der Ku Klux Klan müssten ebenso wie die Kommunisten als illoyal und subversiv eingestuft werden<sup>43</sup>. Als NAACP-Cheflobbyist Clarence Mitchell 1950 vor dem berühmt-berüchtigten House Un-American Activities Committee (HUAC) erschien, formulierte er unmissverständlich die Opposition der NAACP gegen die zunehmende Einengung der Meinungsfreiheit: „Die tatsächliche oder eingebildete Bedrohung, die von ausländischen Ideologien ausgeht, kann nicht durch Gesetze gebannt werden, welche die Stimme der Reform in unserem Land zum Schweigen bringen.“<sup>44</sup>

An Vorwürfe von Rassisten und Ultrakonservativen, sie verfolge kommunistische Ziele, war die NAACP gewöhnt. Seit jedoch auch in der politischen Mitte Behauptungen über eine angebliche kommunistische Unterwanderung der NAACP auftauchten, wie 1946 in einem Beitrag des Historikers Arthur Schlesinger, Jr., für *Life Magazine*, wurde die Führung zunehmend nervös<sup>45</sup>. Gegenüber dem Präsidenten der American Newspaper Guild gab der stellvertretende Generalsekretär Roy Wilkins dies auch offen zu: „Wie viele andere liberale Organisatio-

<sup>43</sup> Vgl. Walter Whites Kolumne, „A Real Program to Combat Communism“, 2.1. 1947, in: NAACP II A 201; Whites Brief an Justizminister Tom Clark vom 14. 4. 1947 mit einer Liste von ca. dreißig Organisationen, die man in das Loyalitätsprogramm der Regierung einbezogen sehen wollte, in: Ebenda.

<sup>44</sup> Aussage Mitchells vom 3. 5. 1950 zit. nach: „Information from the Files of the U.S. Committee on Un-American Activities“, Kopie in: NAACP II A 202.

<sup>45</sup> Arthur Schlesinger, Jr., *The U.S. Communist Party*, in: *Life Magazine*, 29. 7. 1946, Kopie in: NAACP II A 201. Die NAACP-Führung verlangte umgehend eine Klarstellung. Schlesinger erklärte, er habe lediglich auf Gefahren hinweisen wollen und bezweifle nicht die antikommunistische Haltung der NAACP. Vgl. Walter Whites Leserbrief und Schlesingers Erklärung in: *Life Magazine*, 2. 9. 1946, S. 12. Siehe auch NAACP II A 201. Für ähnliche Proteste der NAACP gegen Medienberichte über ihre angebliche Infiltration vgl. Walter White an Chet Shaw, in: *Newsweek*, vom Juni 1947, in: Ebenda; Walter White an Hugh Baillie, Präsident der United Press Associations, vom 1. 12. 1949, und Lyle Wilsons Entschuldigung an White vom 5. 12. 1949, in: NAACP II A 186.

nen sind wir in der gegenwärtigen Hysterie über die Kommunisten unter Beschuss geraten [...]. Vielleicht sind wir ängstlicher, als wir es sein müssten, aber natürlich sind wir beunruhigt, dass viele unserer Projekte durch den alten Vorwurf des 'Kommunismus' in Gefahr geraten könnten.“<sup>46</sup>

Umso besorgniserregender war, dass auch Regierungspublikationen die NAACP als kommunistisch infiltriert verdächtigten und Regierungsbedienstete und Soldaten bei Loyalitätsanhörungen gelegentlich nach ihrer Mitgliedschaft in der Assoziation befragt wurden<sup>47</sup>. Auf dem Höhepunkt der „Red Scare“ zwischen 1948 und 1953 fühlte sich die NAACP so sehr unter Druck, dass sie ihre antikommunistische Haltung bei jeder Gelegenheit unter Beweis stellen zu müssen glaubte. Selbst die von rassistischen Terroristen ermordeten NAACP-Aktivisten wurden zu Kämpfern gegen den Kommunismus stilisiert, und die Führung wachte aufmerksam darüber, dass Angestellte und Funktionäre keine Verbindungen zu Kommunisten unterhielten. In einem Fall intervenierte Walter White persönlich beim Justizminister, um klarzustellen, dass die Präsidentin einer Ortsgruppe, die einen Friedensappell unterschrieben hatte, nichts vom kommunistischen Hintergrund der Petition gewußt habe<sup>48</sup>.

1950 schließlich autorisierte die Jahresversammlung der NAACP das Direktorium, das tatsächliche Ausmaß der kommunistischen Infiltration zu prüfen und notfalls kommunistisch dominierte Ortsgruppen aufzulösen<sup>49</sup>. Der mit großer Mehrheit verabschiedete Abgrenzungsbeschluss wurde in den kommenden Jahren stets erneuert, doch bedeutete er keineswegs den Startschuss für eine Hexenjagd. Im Gegenteil, in einer ausführlichen Erläuterung wurden die Ortsgruppen ermahnt<sup>50</sup>: „Die in Boston verabschiedete Resolution gibt den Ortsgruppen nicht das Recht, alle und jeden als Kommunisten zu bezeichnen. Die Resolution gibt den Ortsgruppen nicht das Recht, Mitglieder auszuschließen, nur weil diese

<sup>46</sup> Roy Wilkins an Milton Murray vom 30. 4. 1947, in: NAACP II A 201.

<sup>47</sup> Vgl. Walter Whites Beschwerde an Marineminister James V. Forrestal vom 1. 7. 1947 über die Verteilung einer Broschüre unter dem Titel „Communism“, in der die NAACP als kommunistisch infiltriert bezeichnet wurde, in: NAACP II A 201. Vgl. auch die Antwort von Commodore Richard Glass vom 13. 8. 1947 sowie Whites erneuten Protest vom 20. 8. 1947, in: Ebenda. Clarence Mitchell vom 12. 1. 1948 an Walter White über den Bericht eines Postangestellten, in: Ebenda. Vgl. auch den Briefwechsel mit dem Armeeministerium über entsprechende Berichte eines afroamerikanischen Soldaten. Roy Wilkins an Armeeminister Frank Pace vom 24. 11. 1952, Fred Korth, stellvertretender Armeeminister, an Wilkins vom 22. 12. 1952; Wilkins an Korth vom 23. 12. 1952, alle in: NAACP II A 200. Presseerklärung der NAACP vom 16. 7. 1953: „Interracial Associations No Bar To Loyalty“, in: NAACP II A 202.

<sup>48</sup> Vgl. Walter Whites Erklärung über Harry T. Moore vom 2. 10. 1952, in: NAACP II A 202; Walter White an Justizminister Howard McGrath vom 9. 5. 1951, und McGraths Antwort vom 15. 5. 1951, in: NAACP II A 202. Vgl. auch das Memorandum Henry Lee Moons vom 9. 2. 1949 an Walter White, in: NAACP II A 369; Whites Anfrage an Frank Williams vom 23. 6. 1947, in: NAACP II A 201.

<sup>49</sup> Resolutionen der NAACP-Jahreskonferenz von 1950 in Boston, 23. 6. 1950, Kopie in Arthur B. Spingarn Papers, Library of Congress, Manuscript Division, Box 26; vgl. auch das Memorandum von Roy Wilkins an die Ortsgruppen vom 22. 3. 1950, in: NAACP II A 68; Wilkins Presseerklärung vom 23. 6. 1950, in: NAACP II A 201.

<sup>50</sup> Memorandum von Walter White an die Ortsgruppen vom 29. 8. 1950, in: NAACP II A 369.

andere Meinungen als die Funktionäre der Gruppe vertreten [...]. Dass ein Mann oder eine Frau die nationale Führung kritisiert, ist noch kein Grund für einen Ausschluss. Diese Kritik muss mit der kommunistischen Parteilinie übereinstimmen und zwar durchgängig [...]. Werdet nicht hysterisch und erhebt wilde Anschuldigungen. Wir wollen keine Hexenjagd in der NAACP, sondern lediglich sicher stellen, dass wir selbst, und nicht die Kommunisten, die Assoziation kontrollieren.“

Auch in den kommenden Jahren wurde immer wieder betont, dass die NAACP-Gruppen sich strikt an das von der Führung vorgegebene Prozedere bei der Verweigerung oder dem Entzug von Mitgliedschaften zu halten hatten und dass die letzte Entscheidung darüber beim nationalen Direktorium lag<sup>51</sup>.

Die Akten der NAACP belegen, dass weder von massiver Infiltration noch von Säuberungen die Rede sein kann. Zwar hatte die NAACP-Führung bereits seit 1946 über die Unterwanderung einzelner Ortsgruppen geklagt und darauf insistiert, dass sich die NAACP-Untergliederungen ihre Zusammenarbeit mit anderen Organisationen vom nationalen Sekretariat genehmigen ließen<sup>52</sup>. Der tatsächliche Einfluß von Kommunisten war aber nach Einschätzung des NAACP-Sekretariats sehr gering. Allenfalls in zehn bis zwölf von landesweit rund 1500 NAACP-Gruppen kam es demnach zu echten Übernahmeversuchen, d. h. dem Versuch, Kommunisten in Führungspositionen zu bringen und Resolutionen zu verabschieden, die sich deutlich an die kommunistische Parteilinie anlehnten, etwa in Bezug auf die Ablehnung des Marshall-Plans und der NATO. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Studenten- und Ortsgruppen an der Westküste und in Großstädten des Nordostens, im Süden dagegen gab es so gut wie keine Probleme<sup>53</sup>.

Bei der Abwehr vermeintlicher oder tatsächlicher Unterwanderung entstand sowohl bei den Untergliederungen als auch bei der Führung einige Konfusion darüber, was überhaupt unter Infiltration zu verstehen sei. Direktoriumsmitglied Alfred Baker Lewis forderte bereits Ende 1947, es habe keinen Sinn, den NAACP-Gruppen mit Maßregelungen zu drohen, wenn man nicht gleichzeitig eine Aufklärungskampagne beginne<sup>54</sup>. Da Resolutionen der Ortsgruppen zu allgemeinen innen- und außenpolitischen Fragen der Führung die meisten Kopfschmerzen bereiteten, wurde 1948 beschlossen, keine NAACP-Gruppe dürfe derartige Erklä-

<sup>51</sup> Memorandum von Walter White an die Ortsgruppen vom 15. 1. 1951, in: NAACP II A 68; Resolutionen der NAACP-Jahreskonferenz von 1951 in Atlanta vom 30. 6. 1951, in: Ebenda.

<sup>52</sup> Vgl. den undatierten „Draft of Letter on Branch Policy“ (1946), in: NAACP II A 201; NAACP-Presseerklärung vom 3. 3. 1949: „Crisis Warns Against Red Attacks on NAACP“, in: Ebenda; Rundbrief Gloster Currents an die Ortsgruppen vom 10. 12. 1948, in: NAACP II A 369.

<sup>53</sup> Vgl. White an Morris Ernst vom 3. 1. 1947, in: Arthur B. Spingarn Papers, Library of Congress, Manuscript Division, Box 28; White, A Man Called White, S. 346; Ruby Hurleys Memorandum vom 7. 1. 1947 für Walter White, in: NAACP II A 201; Roy Wilkins an Wilson Record vom 21. 12. 1949, in: NAACP II A 202.

<sup>54</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des Committee on Administration vom 24. 2. 1947, in: NAACP II A 127; Protokoll der Direktoriumssitzung vom 9. 6. 1947, in: NAACP II A 135; Alfred Baker Lewis an Walter White vom 19. 11. 1947, in: NAACP II A 201.

rungen abgeben, solange das Direktorium oder die Jahresversammlung nicht Stellung bezogen hätten. Außerdem mussten die Entsendung von Delegierten und finanzielle Beiträge zu Aktivitäten anderer Organisationen vorab genehmigt werden<sup>55</sup>.

Nach den Bostoner Beschlüssen aus dem Jahre 1950 wurden die NAACP-Gruppen verpflichtet, über alle Infiltrationsversuche an die Zentrale zu berichten. Anschließend sollte sich ein neugebildetes Committee on Political Domination der Sache annehmen. Darüber hinaus wurde ein förmliches Verfahren für den Ausschluss bzw. die Ablehnung von Mitgliedern festgelegt. Anträge konnten nur von NAACP-Mitgliedern gestellt werden, der Vorstand der Gruppe war verpflichtet, die Antragsteller und die Beschuldigten vor der Ortsgruppe anzuhören, die im Falle eines Ausschlusses die Entscheidung ratifizieren musste. Eine Berufung beim nationalen Direktorium war möglich. Bis Ende 1952 hatte das Committee on Political Domination jedoch lediglich einen einzigen Fall untersucht, einige Ausschlussverfahren waren noch anhängig<sup>56</sup>.

Dass es weder vor 1950 noch danach zu scharfen Maßregelungen linkslastiger Ortsgruppen kam, zeigen die Fälle, die sich aus den Akten einigermaßen vollständig rekonstruieren lassen. Die Ortsgruppe von Richmond, Kalifornien, wurde nach Auffassung des NAACP-Regionalsekretärs für die Westküste bereits seit 1945 von Kommunisten dominiert. Im April 1947 verabschiedete die Gruppe eine markige Resolution gegen eine amerikanische Unterstützung für die britische Intervention in Griechenland, und zum Jahresende kam es zu scharfen Auseinandersetzungen über angebliche Versuche der Kommunisten, die Vorstandswahlen in der Gruppe zu manipulieren. Die Proteste der unterlegenen Nichtkommunisten wurden vom nationalen Sekretariat jedoch ignoriert, da man keine Verletzung der Geschäftsordnungsregeln bei den Wahlen erkennen konnte. Auch als afro-amerikanische Kirchenvertreter und Geschäftsleute aus Richmond 1949 die Auflösung und Neuorganisation der Gruppe forderten, ergriff die New Yorker Zentrale keine Maßnahmen. Roy Wilkins vertrat die Ansicht, individuelle politische Überzeugungen seien kein Grund zum Ausschluss<sup>57</sup>.

Auch die NAACP-Gruppe in San Francisco galt als kommunistische Hochburg. 1946 gab sie in klarer Verletzung der Statuten eine Wahlempfehlung zugunsten des kommunistischen Kandidaten für die kalifornischen Gouverneurswahlen ab, doch beließ es das nationale Sekretariat bei der Aufforderung, den Wahlauftrag zurückzunehmen, der auch entsprochen wurde. Obwohl die Gruppe in den kommenden drei Jahren weiterhin ständig gegen das Überparteilichkeitsgebot der Assoziation verstieß und finanzielle Unregelmäßigkeiten bekannt wurden, übte sich die New Yorker Zentrale in Geduld, solange die politischen Stellungnahmen

<sup>55</sup> Rundschreiben von Gloster Current an die Ortsgruppen vom 10. 12. 1948, in: NAACP II A 369.

<sup>56</sup> Protokolle der Direktoriumssitzungen vom 2. 1. und 12. 9. 1951, in: NAACP II A 135; undatiertes Memorandum (1952): „Procedure for Rejection or Expulsion of Membership, NAACP“, in: Arthur B. Spingarn Papers, Library of Congress, Manuscript Division, Box 26; Gloster Current an Thurgood Marshall vom 7. 11. 1952, in: NAACP II A 128.

<sup>57</sup> Die Vorgänge um die NAACP-Gruppe in Richmond, CA, sind dokumentiert in: NAACP II C 18.

des Präsidenten der Gruppe noch als individuelle Äußerungen gewertet werden konnten. Selbst der Verkauf kommunistischer Zeitungen bei einer Gruppenversammlung wurde hingenommen, da es dafür kein ausdrückliches Verbot gab. Nachdem sich jedoch immer mehr Gruppenmitglieder über den kommunistischen Einfluß beklagten und die Mitgliederzahl von 3000 im Jahre 1947 auf 400 im Jahre 1949 gesunken war, sah sich die Führung zum Handeln genötigt. Bei den Vorstandswahlen Ende 1949 mobilisierte der Regionalsekretär erfolgreich die Mitgliederschaft, um eine neue Führung ins Amt zu bringen. Proteste der unterlegenen Fraktion wegen angeblicher Wahlmanipulationen wurden abgewiesen. Als Ende 1950 noch einmal ein Kommunist in den Vorstand der Gruppe gewählt wurde, suspendierte das NAACP-Direktorium unter Hinweis auf die Bostoner Beschlüsse kurzerhand die Wahl. Damit war die NAACP in San Francisco endgültig auf die antikommunistische Linie der nationalen Führung eingeschwo-ren<sup>58</sup>.

In der NAACP-Gruppe von Great Neck, N.Y., erfolgte Ende 1949 ein Führungswechsel, nachdem die Gruppe angeblich zwei Jahre lang von Kommunisten beherrscht worden war, aber auch hier wurden die Proteste der unterlegenen Fraktion wegen Wahlmanipulationen nach sorgfältiger Prüfung vom nationalen Direktorium zurückgewiesen. Trotzdem kam es in der Folgezeit zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Flügeln, bei denen politische und persönliche Motive sich nicht mehr trennen ließen. Das New Yorker Sekretariat versuchte mäßigend auf beide Seiten einzuwirken und drohte schließlich sogar der Präsidentin der Gruppe mit Auflösung, um sie zur Rücknahme ihrer Anzeige wegen Morddrohung gegen zwei der linken Dissidenten zu veranlassen. Die Präsidentin gab nach, doch zwei Jahre später versuchte sie erneut, ihre Gegner wegen Störungen der Versammlungen aus der Ortsgruppe ausschließen zu lassen. Obwohl die Dissidenten der kommunistisch beeinflussten American Labor Party nahestanden, entschied das Direktorium zu deren Gunsten<sup>59</sup>.

In Philadelphia tauchten Anfang 1949 Gerüchte auf, die dortige NAACP-Gruppe sei aufgrund ihrer Verbindungen zu kommunistischen Organisationen offiziell als subversiv eingestuft worden, doch sah Generalsekretär Walter White zunächst keine Veranlassung, beim Justizministerium vorstellig zu werden. Allerdings waren die Gerüchte wohl nicht unbegründet, denn ein von der Gruppe selbst eingesetzter Untersuchungsausschuß wies im folgenden Jahr ausdrücklich darauf hin, dass die örtlichen Gewerkschaften die Zusammenarbeit mit der NAACP wegen der kommunistischen Unterwanderung der Gruppe ablehnten; zudem beklagte der Ausschuß fehlende Demokratie innerhalb der Gruppe. Da der Bericht eine lange Liste organisatorischer Defizite, den Verlust von Mitgliedern sowie finanzielle Unregelmäßigkeiten aufführte, erschien eine Neuorganisation unumgänglich. Der Vorschlag des Sekretariats, die Gruppe für sechs Monate einem von ihm selbst ernannten Verwalter zu unterstellen, wurde mit Zustimmung des Vorstandes der Gruppe umgesetzt. Obwohl der Vorwurf kommunisti-

<sup>58</sup> Vgl. zu den Vorgängen um die Gruppe in San Francisco NAACP II C 20.

<sup>59</sup> Die Vorgänge um die Gruppe in Great Neck sind dokumentiert in: NAACP II C 120.



scher Unterwanderung sicherlich eine Rolle spielte, basierte dieser drastische Schritt primär auf der bedenklichen finanziellen Lage der Gruppe<sup>60</sup>.

Auch in einigen Studentengruppen kam es zu Auseinandersetzungen um den Einfluss von Kommunisten. So hatte die NAACP-Zentrale zunächst Vorbehalte gegen die Gründung einer Gruppe an der University of California, Berkeley, und tatsächlich spalteten sich die dortigen NAACP-Studenten schnell in rivalisierende Fraktionen, bei denen neben politischen Differenzen auch persönliche Animositäten eine Rolle spielten. Da die mit der Linken identifizierte Führung ohnehin bald abgewählt wurde, unterblieben Maßregelungen<sup>61</sup>. Auch an der Cornell University kam es zu Flügelkämpfen innerhalb der NAACP-Studentengruppe, doch behielt die antikommunistische Fraktion bei Wahlen und Abstimmungen zumeist die Oberhand und konsultierte das nationale Sekretariat vor allen politisch heiklen Aktionen<sup>62</sup>. An der University of Wisconsin, wo die Mehrzahl der aktiven NAACP-Mitglieder weiß war, gab es ebenfalls jahrelange Konflikte um die Mitarbeit von Kommunisten, die schließlich dazu führten, dass die dortige Gruppe zerfiel. Als im Oktober 1953 ein Versuch zur Wiederbelebung unternommen und ein weißer Student mit Verbindungen zur offiziell als subversiv eingestuften Labor Youth League in den Vorstand gewählt wurde, drängte die New Yorker Zentrale auf einen diskreten Rücktritt<sup>63</sup>.

Die geschilderten Fälle zeigen, dass von Säuberungen und Hexenjagd seitens der NAACP-Führung keine Rede sein kann. Tatsächlich versuchte man mäßigend auf die betroffenen Ortsgruppen einzuwirken, die häufig ein disparates Bild abgaben. Organisatorisches Chaos, finanzielle Unregelmäßigkeiten und persönliche Fehden ließen sich kaum von politischen Differenzen trennen. Das nationale Sekretariat bemühte sich vor allem um die Beachtung der Beschlusslage der Assoziation, etwa in der Frage der Resolutionen zu außenpolitischen Themen, sowie um die Wiederherstellung der organisatorischen Handlungsfähigkeit der Ortsgruppen. Wo nötig, forcierte man eine diskrete Trennung von Kommunisten, entschied aber in Zweifelsfällen auch zugunsten von Dissidenten. Bisweilen ging es einfach nur darum, ordnungsgemäße und faire Wahlen sicherzustellen<sup>64</sup>. Auch der Umstand, dass viele der angeblichen Kommunisten in der Assoziation weiß waren, trug zur vorsichtigen Haltung der NAACP-Führung bei, da eine Belastung der Rassenbeziehungen vermieden werden sollte. Offiziell war Hautfarbe bei den Auseinandersetzungen um die kommunistische Infiltration kein Thema<sup>65</sup>.

<sup>60</sup> Die Vorgänge um die Gruppe in Philadelphia sind dokumentiert in: NAACP II C 169.

<sup>61</sup> Zur Gruppe in Berkeley vgl. NAACP II E 69.

<sup>62</sup> Vgl. die Akten in: NAACP II E 85.

<sup>63</sup> Zur Gruppe an der University of Wisconsin, Madison, vgl. NAACP II E 100.

<sup>64</sup> Vgl. die Bemühungen von Gloster Current im Jahre 1946, ordentliche Wahlen in der NAACP-Gruppe von Jamaica, N.Y., zu gewährleisten, wo gleich drei Fraktionen um die Führung stritten, in: NAACP II C 121.

<sup>65</sup> Vgl. den Zeitungsbericht vom 2. 8. 1947: „Are Communists Taking Over Galveston NAACP?“, in: NAACP II A 201; Nolan, Communism versus the Negro, S. 178–181; Clarence Mitchell an Walter White vom 28. 6. 1950, in: NAACP II C 329.

Während die NAACP-Führung nach innen auf Mäßigung und Diskretion bedacht war, grenzte man sich nach außen demonstrativ von allen Gruppen ab, in denen Kommunisten offen oder verdeckt mitarbeiteten. Dies galt vor allem für den Civil Rights Congress (CRC), eine linke, rassenübergreifende Bürgerrechtsvereinigung, die 1946 aus dem NNC und der ILD hervorgegangen war und die sowohl vom Justizministerium als auch vom HUAC als kommunistische Tarnorganisation eingestuft wurde<sup>66</sup>. Derartige Etikettierungen sind gewiß mit Vorsicht zu genießen, doch war unübersehbar, dass afroamerikanische und weiße Kommunisten im CRC eine führende Rolle spielten. Das NAACP-Sekretariat entsandte zur Gründungskonferenz im April 1946 keine offiziellen Delegierten, sondern lediglich eine Beobachterin, nach deren Einschätzung der Kongress von der extremen Linken dominiert wurde. Die NAACP-Führung gelangte zu dem Schluss, dass der CRC eine organisatorische und politische Bedrohung für die Assoziation darstellte, und verweigerte in den kommenden Jahren konsequent die Zusammenarbeit<sup>67</sup>.

Ob eine Kooperation zwischen NAACP und CRC, gleichsam als Bürgerrechtsflügel eines umfassenden Mitte-Links-Bündnisses, eine realistische politische Option gewesen wäre, ist mehr als fraglich. Die historiographischen Protagonisten einer solchen Alternative haben dafür keine überzeugenden Begründungen anzubieten. Gerald Horne spricht großzügig von „den beiden Bürgerrechtsgiganten“, konzediert jedoch, dass der CRC nie mehr als 10.000 Mitglieder hatte. Manning Marable betont den großen Respekt, den sich die Kommunisten mit ihrer konsequent antirassistischen Haltung unter schwarzen Arbeitern erworben hätten und nennt als Beispiel die Wahl des afroamerikanischen Kommunisten Benjamin Davis in den Stadtrat von New York City. Er räumt jedoch ein, dass bei den Wahlen von 1948 mindestens zwei Drittel aller schwarzen Wähler für Truman stimmten und nicht für Henry Wallace, den Wortführer der afroamerikanischen Linken wie Du Bois und der Sänger Paul Robeson unterstützten<sup>68</sup>.

<sup>66</sup> Vgl. Committee on Un-American Activities, U.S. House of Representatives, „The American Negro and the Communist Party“, 22. 12. 1954, 13, Kopie in: NAACP II A 202. Zum CRC vgl. umfassend Gerald Horne, *Communist Front? The Civil Rights Congress, 1946–1956*, London 1988. Hornes Buch ist freilich ein Musterbeispiel an parteilicher Geschichtsschreibung. Dem Autor ist in seiner Ablehnung des allzu einfachen Konzeptes der kommunistischen Tarnorganisation zuzustimmen, doch andererseits nimmt er alle Aussagen und Verlautbarungen des CRC und seiner Führer für bare Münze und unterstellt diesen nie andere als rein altruistische Motive.

<sup>67</sup> Vgl. die Einladung an die NAACP zur Gründungskonferenz von Milton Kaufman an Ruby Hurley vom 29. 3. 1946, Thurgood Marshall an Milton Kaufman vom 23. 4. 1946, Memorandum von Roy Wilkins an Walter White vom 1. 5. 1946, Memorandum von Marian Wynn Perry an Walter White vom 7. 5. 1946, Roy Wilkins an D.E. Byrd, NAACP-Sekretär von New Orleans, 25. 5. 1946, alle in: NAACP II A 369; Presseerklärung der NAACP vom 23. 11. 1949, in: NAACP II A 369; Thurgood Marshall an William Patterson vom 9. 6. 1950 und vom 22. 11. 1950, in: Ebenda. Walter White an Patterson vom 9. 11. 1951, Patterson an White vom 10. 11. 1951, in: Ebenda.

<sup>68</sup> Horne, *Communist Front?*, S. 138 u. S. 29 (Mitgliederzahl des CRC), S. 61–63 u. passim; Marable, *Race, Reform, and Rebellion*, S. 16 u. S. 21–24; ders., W.E.B. Du Bois, S. 171–175.

Auch die CPUSA war für die NAACP alles andere als ein attraktiver Bündnispartner. Die von inneren Querelen und staatlicher Repression erschütterte Partei befand sich in rapidem Niedergang. Nach Angaben von FBI-Chef J. Edgar Hoover, der kaum zur Untertreibung der kommunistischen Gefahr neigte, sank die Mitgliederzahl der CPUSA allein in den Jahren 1950–51 von 54.174 auf 43.217<sup>69</sup>. Die amerikanischen Kommunisten reagierten auf die Krise mit verstärkter ideologischer Orthodoxie. Angesichts der Exzesse des McCarthyismus wird leicht übersehen, dass die CPUSA durchweg eine loyale Apologetin des Stalinismus war. „Wer in den 1930ern und 1940ern Kommunist war“, so das treffende Urteil Robert Ziegers, „war nicht bloß ein ungeduldiger Liberaler [...]. Kommunist oder ein Sympathisant der Kommunisten zu sein, bedeutete, sich mit dem Stalinismus zu verbünden“<sup>70</sup>.

Auch die NAACP begründete ihre kompromisslose Gegnerschaft zur CPUSA mit deren Abhängigkeit von den Moskauer Direktiven. Die Partei, so der Hauptvorwurf, beute die Rassenfrage nur politisch aus und sei jederzeit bereit, die Rechte der Afroamerikaner den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterzuordnen – ein Argument, das angesichts der abrupten Kurswechsel der CPUSA kaum von der Hand zu weisen war<sup>71</sup>. Der Vorwurf, der Egalitarismus der Kommunisten sei nur vorgeschoben, erscheint dagegen einigermaßen ungerecht. Parteilinie oder nicht, die Mitglieder und Aktivisten der CPUSA praktizierten Gleichberechtigung und Rassenintegration in einem Maße, wie das keine andere mehrheitlich weiße Gruppe tat.

Allerdings trugen die Kampagnen gegen den weißen Chauvinismus, die Ende der zwanziger und dann wieder Ende der vierziger Jahre durchgeführt wurden, die typischen Züge sektiererischer Selbstreinigungsrituale und verschärften die Rassenspannungen in der Partei. Eine Fallstudie über kommunistische Gewerkschafter in einem Großbetrieb der Elektroindustrie im Staat New York hat gezeigt, dass gerade die Konzentration der Kommunisten auf die Rechte von Afroamerikanern und die gezielte Verletzung der sexuellen Tabus zwischen den Rassen erheblich zur Entfremdung der Partei von ihrer Basis im Milieu der weißen Arbeiterschaft beitrug. Selbst wo die Kommunisten einigen Einfluß besaßen, scheiterte das von ihnen propagierte rassenübergreifende Klassenbündnis an den

<sup>69</sup> Hoovers Angaben für den US-Senat nach U.S. News & World Report, 23. 6. 1950, 11; 30. 3. 1951, 36, zit. in: Nolan, Communism versus the Negro, S. 206.

<sup>70</sup> Zieger, The CIO, S. 375–376. Bei Horne und Marable firmieren Kommunisten dagegen allein als Streiter für soziale Gerechtigkeit. Für Horne ist der Antikommunismus gar „eine der großen Geißeln der Moderne und eines der größten Hindernisse für sozialen Fortschritt“, in: Ders. Communist Front?, S. 10. Stalinismus existiert dagegen nur in Anführungszeichen, gleichsam als ideologisches Konstrukt des Kalten Krieges.

<sup>71</sup> Vgl. z.B. Wilkins' offenen Brief an William Patterson, Presseerklärung der NAACP vom 23. 11. 1949, in: NAACP II A 369; Roy Wilkins, Stalin's Greatest Defeat, in: The American Magazine (Dez. 1951), S. 21, S. 107–110 u. S. 108, Kopie in: NAACP II A 68; Herbert Hill, Communist Party - Enemy of Negro Equality, Crisis 58 (Juni/Juli 1951), S. 365–371 u. S. 421–424. Die Abhängigkeit der CPUSA von Moskau ist jetzt breit dokumentiert in Harvey Klehr/John Earl Haynes/Kyrill M. Anderson, The Soviet World of American Communism, New Haven 1998.

ethno-kulturellen Konflikten, die in Amerika traditionell den Klassenkonflikt überlagern<sup>72</sup>. Umgekehrt widersprach das ideologische Postulat von der Priorität der Klasseninteressen der schwarzen Proletarier vor ihren Interessen als diskriminierter Minderheit so offenkundig der afroamerikanischen Lebenswirklichkeit, dass die Attraktivität der Partei für Schwarze immer sehr begrenzt blieb. Genaue Zahlen sind nicht verfügbar, doch dürfte die Zahl der schwarzen Parteimitglieder niemals über 5.000 hinausgegangen sein, nach dem Zweiten Weltkrieg waren es nach Schätzungen einer ehemaligen Funktionärin gerade noch 2.000<sup>73</sup>.

### **Zwischen antikommunistischem Opportunismus und Festhalten an den Reformzielen**

Vor diesem Hintergrund sind keine triftigen Gründe erkennbar, warum sich die NAACP auf ein Bündnis mit der radikalen Linken hätte einlassen sollen. Das Verhältnis zwischen der Assoziation und den Kommunisten war von offenen ideologischen und politischen Gegensätzen sowie von tiefem gegenseitigen Misstrauen bestimmt. Unter diesen Vorzeichen mussten Angebote zur Zusammenarbeit als taktische Manöver mit dem Ziel der Unterwanderung erscheinen. Diese Befürchtungen mochten übertrieben sein, aber sie waren keineswegs völlig abwegig. Dass die Mitgliedschaft und die Ortsgruppen der NAACP sich gegen die Appelle und Kooptationsversuche der Kommunisten weitgehend immun zeigten und die antikommunistische Linie des Direktoriums und des Sekretariats mittrugen, zeigt zugleich, wie unrealistisch alle Hoffnungen auf eine Spaltung der Assoziation waren.

Gleichwohl wird man die Art und Weise, wie sich die NAACP-Führung dem antikommunistischen Zeitgeist anbot, kaum als Ruhmesblatt ihrer Geschichte ansehen wollen. Ohne Zweifel trifft es zu, dass die NAACP in ihrem Bestreben, sich vom Kommunismus zu distanzieren, erheblichen Opportunismus an den Tag legte. Die Verlautbarungen der Führung zu diesem Thema strotzten vor patriotischem Pathos und beflissenen Loyalitätsbekundungen<sup>74</sup>. Auch war es der Tradition der NAACP unwürdig, dass sie zur Verletzung der Bürgerrechte von Kommunisten beharrlich schwieg, selbst wenn sie von der Verfassungswidrigkeit der Maßnahmen überzeugt war, so als die Führer der CPUSA, darunter zwei Afroamerikaner, zu Gefängnisstrafen allein aufgrund ihres Eintretens für die kommunistische Ideologie verurteilt wurden. Den Ortsgruppen wurde jede Teilnahme an Solidaritätsaktionen untersagt, Mitglieder, die dies auf individueller Basis tun wollten, durften unter keinen Umständen den Namen der Assoziation erwähnen. Als der Oberste Gerichtshof 1951 die Urteile bestätigte, schwieg die

<sup>72</sup> Vgl. Gerald Zahavi, *Passionate Commitments: Race, Sex, and Communism at Schenectady General Electric, 1932–1954*, in: *Journal of American History* 83 (1996), S. 514–548. Zum „white chauvinism“ vgl. Hutchinson, *Blacks and Reds*, S. 60–68 u. S. 223–233.

<sup>73</sup> Vgl. ebenda, S. 195.

<sup>74</sup> Vgl. z. B. Roy Wilkins, *Stalin's Greatest Defeat*, in: *The American Magazine* (Dez. 1951), S. 21 u. S. 107–110; ders., *Communists and Negroes*, in: *ADA-Magazine* (Dez. 1951), S. 5, Kopien in: NAACP II A 68. Dort auch zahlreiche weitere Quellen dieser Art.

NAACP, obwohl die Gefahr, die dieser Schlag gegen die Meinungsfreiheit potenziell auch für die afroamerikanischen Bürgerrechtler darstellte, kaum zu übersehen war<sup>75</sup>.

Gemessen an ihrem defensiven Ziel, die politische Legitimität des Bürgerrechtskampfes zu bewahren, war die NAACP jedoch durchaus erfolgreich. Obwohl der linke Flügel der Bürgerrechtsbewegung unter erheblichen Druck geriet, gelang es den rassistischen Südstaatlern nicht, diese in toto als subversiv zu diskreditieren, weil der liberale Antikommunismus die Forderung nach dem Ende der Rassendiskriminierung nicht nur deckte, sondern im Hinblick auf die außenpolitischen Interessen der USA sogar stärkte. An ihren inneren Reformzielen machte die NAACP während des Kalten Krieges ebensowenig Abstriche wie an ihrem Antikolonialismus<sup>76</sup>.

Dennoch ist unverkennbar, dass die Assoziation ihren antirassistischen und antikolonialistischen Internationalismus nach der Petition an die Vereinten Nationen aus dem Jahre 1947 spürbar zurücknahm. Die Abgrenzung gegenüber Vereinnahmungsversuchen durch den weltpolitischen Gegenspieler der USA war hierfür ein wichtiges, aber keineswegs das einzige Motiv. Der Wunsch, die eigene Identität als Interessenvertretung der Afroamerikaner zu bewahren und nicht durch die Verbindung mit allerlei internationalen Problemen verwässern zu lassen, spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. Letztlich erwartete man praktische Schritte zum Schutz der afroamerikanischen Bürgerrechte weder von der UNO noch von der Weltmeinung, sondern vor allem von der amerikanischen Bundesregierung, die unverändert der Hauptadressat für die Forderungen der Assoziation blieb. Fragen der internationalen Politik blieben, ungeachtet aller Rhetorik, von untergeordneter Bedeutung gegenüber dem Primärziel, nämlich der Gleichberechtigung der schwarzen Minderheit innerhalb der amerikanischen Demokratie.

Auf dem Wege zur Verwirklichung dieses Ziels war der Kalte Krieg eine Kalamität, die es zu überstehen galt. Der Vorwurf, die Assoziation habe den Antikommunismus geschürt, ist nicht nur weit überzogen, sondern verkennt darüber hinaus, dass es legitime Gründe für die Abgrenzung vom Kommunismus gab. Die kontrafaktische Wunschvorstellung eines progressiven, antirassistischen Mitte-Links-Bündnisses übertreibt dagegen die Stärke der amerikanischen Linken und unterschätzt gleichzeitig die Sprengkraft des Rassismus für die von den Kommunisten

<sup>75</sup> Rundbrief vom 18. 10. 1949 von Roy Wilkins an die NAACP-Ortsgruppen, in: NAACP II A 201. In *Dennis vs. United States*, Bd. 341 der Entscheidungen des U.S. Supreme Court aus dem Jahre 1951, S. 494 ff., entschied der Oberste Gerichtshof, dass der Smith Act, der das Eintreten für den gewaltsamen Umsturz der politischen Ordnung der USA kriminalisierte, nicht gegen den ersten Verfassungszusatz verstoße. Vgl. die Solidaritätsappelle von William Patterson (CRC) und Doxey Wilkerson vom 15. und 16. 6. 1951 an Walter White sowie Whites Memorandum vom 19. 6. an Current, Marshall, Moon und Wilkins, alle in: NAACP II A 202.

<sup>76</sup> Dies wird auch von einigen Autoren zugestanden, die den Antikommunismus sehr kritisch sehen. Vgl. Penny von Eschen, *Challenging Cold War Habits: African Americans, Race, and Foreign Policy*, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 627–638, hier S. 630; Brenda Gayle Plummer, *“Below the Level of Men”: African Americans, Race, and the History of U.S. Foreign Relations*, in: *Ebenda*, S. 639–650, hier S. 644.

propagierte Einheit der Arbeiterklasse. Die Konzentration der NAACP auf die Interessen der schwarzen Minderheit beruhte auch auf dieser historisch gewachsenen Einsicht und war keineswegs allein den Zwängen des Kalten Krieges geschuldet. Zweifellos wäre eine starke Linke ein politischer Vorteil gewesen, aber die Bürgerrechtsbewegung war eben nicht mit der radikalen Linken identisch. Man mag die antikommunistischen Exzesse für zahlreiche persönliche Tragödien und politische Fehlentwicklungen in Amerika verantwortlich machen, aber sie haben das seit dem Zweiten Weltkrieg anschwellende Protestpotenzial unter der afroamerikanischen Bevölkerung nicht entscheidend schwächen können. Die bedeutendste soziale Bewegung der amerikanischen Geschichte ist kein Opfer des Kalten Krieges geworden.